



BESCHLUSSBUCH DES
3. PARTEIKONVENT
IN BERLIN

16. JUNI 2013, TEMPODROM BERLIN

www.spd.de

Tabellarische Übersicht der angenommen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

	Überschrift	Beschlusstext	Seite
IA 1	Solidarisches Deutschland. Ein Programm für die arbeitende Mehrheit in unserem Land.	Angenommen	3
IA 2	Resolution anlässlich des 60. Gedenktags an den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR	Angenommen	7
IA 3	Wenn wir entscheiden, dann entscheidet das WIR	Angenommen	8
IA 4	Für eine demokratische und freiheitliche Entwicklung der Türkei	Angenommen	10
So1	Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!	Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag	10
So2	Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen	Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag	11
So3	Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!	Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag	11
So4	20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts	Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag	11
So5	Verbot hormonell wirksamer Chemikalien	Überwiesen an die SPD Bundestagsfraktion	13
So6	Kommunale Unternehmen dürfen bei Glasfaserausbau bis in die Häuser nicht behindert werden!	Angenommen	14
So7	Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	14
So8	Berliner Erklärung	Angenommen	15
So9	Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	15
So10	Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	15
So11	Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	15
So12	Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und	Überwiesen an den SPD	16

	die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen	Parteivorstand	
So13	Barrierefreiheit in der SPD	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	16
So14	Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	16
So15	Diskriminierungsfreie Wahlgesetze	Überwiesen an den SPD Parteivorstand	17
So16	Bundesratsinitiative 4913 zum aktiven und passiven Wahlrecht sofort umsetzen	Angenommen	17

Angenommene und überwiesene Anträge im Wortlaut

Initiativantrag 1 (Angenommen)

Solidarisches Deutschland. Ein Programm für die arbeitende Mehrheit in unserem Land.

5 Für Menschen, die arbeiten gehen und sich um ihre Familien kümmern, macht die SPD Politik – seit 150 Jahren. Aber jede Zeit, jede Generation hat ihre eigenen Herausforderungen. Und jede Generation muss politisch in ihrer Zeit die richtigen Antworten darauf finden. Das gilt auch für die SPD. Oder, wie Willy Brandt es einmal ausdrückte: “Jede Generation muss sich das, wofür die SPD steht, immer wieder neu erkämpfen.” **Die SPD steht fürein Land, das seine Werte wieder entdeckt und das weiß, dass wir nur gemeinsam und solidarisch eine gute Zukunft schaffen können.**

10 Wir Sozialdemokraten haben eine klare Idee von diesem solidarischen Deutschland: Alle – egal woher sie kommen, welches Geschlecht, welche Religion oder Hautfarbe sie haben – sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Um das zu ermöglichen, wollen wir den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Gesellschaft stärken. **Was sich aktuell in der Hilfsbereitschaft vieler, insbesondere auch junger Menschen bei der Flutkatastrophe zeigt,**
15 **macht den eigentlichen Reichtum unseres Landes aus.**

Darauf können wir alle stolz sein und deshalb geht es darum, diese Stärken in konkrete Politik für Solidarität und Zusammenhalt auch im Alltag zu übersetzen.

20 **Wir haben die Idee einer Gesellschaft, in der das „Ich“ kein Gegensatz zum „Wir“ bildet und in der es sich für alle lohnt, morgens aufzustehen und den neuen Tag in Angriff zu nehmen.** Eine Gesellschaft, von der man profitiert und für die man bereit ist, sich ein zu bringen. Weil die Leistungen aller anerkannt werden. Eine Gesellschaft, die Anstrengung honoriert und unverschuldetes Unglück nicht bestraft. Eine Gesellschaft, die Reichtum nicht verteufelt und Armut
25 nicht hinnimmt oder gar fördert.

Eine Idee, für die Sozialdemokraten schon seit 150 Jahren kämpfen und die in einer globalisierten Welt nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat: **Die Idee einer solidarischen und gerechteren**

Gesellschaft!

30

1. Politik für die arbeitende Mehrheit.

35

40

45

Wir Sozialdemokraten treten am 22. September 2013 zur Bundestagswahl für die an, die sich jeden Tag abrackern, sich nicht nur um sich, sondern um ihre Familie, ihre Nachbarn oder die Gemeinschaft kümmern. Viele arbeiten in interessanten Berufen, haben gute Arbeitsbedingungen, angemessene Gehälter und Aufstiegschancen. Aber es gibt inzwischen schon ein Viertel aller Berufstätigen, denen es anders geht: Junge Familien oder Alleinerziehende, bei denen das Gehalt nicht mehr für eine gute Wohnung reicht. Selbständige, Neugründer und Kreative, deren Arbeitsbedingungen nicht selten den Charakter der Selbstausbeutung besitzen. Menschen, die hart arbeiten, damit die Wirtschaft wesentlich mit tragen und trotzdem für ihren Fleiß und ihre Anstrengung keinen fairen Anteil am Wohlstand unserer Gesellschaft erhalten. Und auch diejenigen, die trotz Anstrengungen keine Arbeit bekommen. Junge, die mit guter Ausbildung oder Studium keinen sicheren Arbeitsplatz finden oder trotz guter Noten aufgrund ihres Namens oder ihrer Herkunft nicht einmal zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden. Oder Ältere, die nach jahrzehntelanger Arbeit ihren Arbeitsplatz verlieren, durch gesundheitliche Einschränkungen an vollem Einsatz gehindert sind oder trotz langem Arbeitsleben keine anständige Rente mehr bekommen.

50

55

Sie sind unser Land. **Sie bilden die Mehrheit unseres Landes. Und sie sind die unverzichtbaren Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes:** die Millionen Menschen an Schreibtischen und Computern in den Büros, an Kassen und vor Regalen der Supermärkte, an Werkbänken und in Montagehallen, Labors oder Forschungseinrichtungen, in Kindertagesstätten und Schulen, Pflege- und Sozialeinrichtungen, bei den Sicherheits- und Rettungsdiensten, im Handwerk und im öffentlichen Dienst und in den vielen anderen ganz normalen Berufen unseres Landes. **Sie haben Enormes für Deutschland geleistet und tun es an jedem Tag von Neuem.** Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht. **Und mit ihnen und für sie wollen wir Politik machen.**

60

65

Das feste Vertrauen darauf, dass persönliche Anstrengung, Fleiß und Arbeit zu einem selbstbestimmten Leben führen, hat Deutschland wirtschaftlich so erfolgreich und sozial so sicher gemacht. Die soziale Marktwirtschaft war dafür der Schlüsselbegriff und ihr Konzept war eine **Ökonomie der Gerechtigkeit**. Das Erfolgsgeheimnis dieses Konzepts bestand darin, dass gerechte Teilhabe und die Gewissheit, dass sich Anstrengungen **für alle lohnen**, auch dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und des ganzen Landes weit besser dienen als eine auf Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufgebaute Gesellschaft es vermag.

70

Aber das Vertrauen, dass sich Leistung und Anstrengung lohnen, ist für zu viele Menschen inzwischen brüchig geworden. Damit gerät die Grundlage unseres Wohlstandes und unseres wirtschaftlichen Erfolgs ebenso wie auch das Miteinander in unserer Gesellschaft in Gefahr.

75

- **Deshalb wollen wir Sozialdemokraten das Vertrauen darauf wieder herstellen, dass sich Arbeit lohnt und dass**
- **Kinder und Familien Glück und Lebensfreude bedeuten und nicht Sorge und Unsicherheit!**

Dafür braucht Deutschland eine bessere Politik - eine Politik für die arbeitende Mehrheit. Eine

Politik, die nicht nur redet, sondern auch handelt und die nicht nur ankündigt, sondern auch umsetzt. Eine Politik, die die zunehmende soziale Spaltung nicht achselzuckend zur Kenntnis nimmt. Eine Politik, in der niemand zurückgelassen wird. Dafür müssen wir unser Land wieder ins Gleichgewicht bringen.

2. Arbeit und Familie - den Alltag besser machen.

Wir sagen vor der Wahl, was wir tun. Und wir tun nach der Wahl, was wir gesagt haben. **Und wir wissen vor allem, wie unsere Politik finanziert werden soll:** Wir versprechen keine Steuererleichterungen, sondern **Schuldenabbau**. Wir werden einen neuen und solidarischen **Lastenausgleich** durchsetzen zwischen denen, denen es sehr gut geht in unserem Land, und denjenigen, die bereits heute zu hohe Belastungen tragen müssen. Wir wollen Familien entlasten, in Bildung investieren und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Deshalb werden wir die Steuerflucht energisch bekämpfen, Finanzmärkte besteuern, ungerechte Steuersubventionen streichen und auch sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern. **Die im Finanzierungskonzept der SPD hinterlegten Mehreinnahmen und Minderausgaben belaufen sich damit bereits ohne die derzeit steigenden Steuereinnahmen auf 35 Mrd. € (etwa die Hälfte geht an die Länder).** Davon wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Damit finanzieren wir unter anderem unser Programm für die arbeitende Mehrheit in Deutschland:

1. Wir entlasten die Familien: durch die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für alle Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Das entlastet Eltern im Durchschnitt um bis zu **160 € pro Monat bzw. ca. 1.900 € pro Jahr** und bringt damit weit mehr als die von Union und FDP geplanten Mini-Steuersenkungen.

2. Wir wollen zugleich in den Ausbau, den Betrieb und die Qualität von Kitas und Schulen investieren, insbesondere auch in Ganztageseinrichtungen. Gerechtigkeit heißt für uns: kein Kind zurück zu lassen. Statt Milliarden für ein sinnloses Betreuungsgeld aufzuwenden erhöhen wir deutlich die Bildungsinvestitionen in unserem Land, um endlich den Anschluss an das internationale Niveau zu schaffen.

3. Wir werden die Ungerechtigkeit der staatlichen Förderung von Kindern beenden und vom Kopf auf die Füße stellen: diejenigen Familien, die weniger verdienen, erhalten mehr für ihre Kinder – und nicht wie heute umgekehrt. Mit einem **sozial gestaffelten neuen Kindergeld** bekommen erwerbstätige Alleinerziehende bis 2.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen und Paarfamilien bis 3.000 Euro ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat erhöhtes Kindergeld. Von dieser Reform wird ein Viertel aller Kinder profitieren – und zwar mit durchschnittlich 100 Euro mehr im Monat.

4. Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeiten und Leben, Beruf und Familie endlich besser vereinbar werden: durch den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder ebenso wie durch die abgesicherte und geförderte Möglichkeit für Eltern, ihre Arbeitszeit zeitlich begrenzt zu verringern und anschließend zur alten Arbeitszeit zurückzukehren.

Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir Modelle entwickeln, bei denen individuelle Arbeitszeitkonten die Möglichkeit eröffnen, **in Zeiten der Kindererziehung die Arbeitszeitverkürzung keine Einkommensverluste zu erleiden**. Nur so verbessern wir auch für arbeitende Eltern mit niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen die Möglichkeit, sich partnerschaftlich um ihre Kinder zu kümmern und zugleich ihre beruflichen Pläne verlässlich zu

verwirklichen.

130 5. Wir wollen endlich dafür sorgen, dass Frauen **und Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit** bekommen! Aber es geht auch darum, dass gleicher Lohn für **gleichwertige Arbeit** bezahlt wird. Das betrifft vor allem die sozialen Berufe in Deutschland, in denen überwiegend Frauen arbeiten.

135 **Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ca. 1,6 Million Menschen in Erziehungs- und Pflegeberufen endlich die Anerkennung und die Bezahlung bekommen, die sie verdienen.** Wir werden die Plünderung des Gesundheitsfonds für die Haushaltssanierung ebenso stoppen wie für eine bessere Ausstattung der Pflegekassen durch die Bürgerversicherung sorgen. Beides ist die Voraussetzung für eine bessere Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeheimen und für die bessere Bezahlung der dort Beschäftigten.

140 6. **Wir werden wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen.** Junge Menschen brauchen wieder sichere Arbeitsplätze nach erfolgreicher Ausbildung oder Studium und nicht nur unbezahlte Praktika oder Leih- und Zeitarbeit. Die SPD macht ernst damit, auch hier gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen und die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden.

145 7. Wir setzen nicht nur den **gesetzlichen Mindestlohn** durch, sondern auch die Bindung an **Tarifverträge mit fairen Löhnen**. Wir wollen für gute Arbeit und gerechte Löhne für alle sorgen. Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass sich Arbeit und Anstrengung wieder für alle lohnen.

150 8. **Wir werden Mietpreiserhöhungen bremsen**, die Kommunen finanziell besser ausstatten und die Stromsteuer senken. Gerade Familien mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen sind besonders stark von Preis- und Gebührenerhöhungen betroffen.

155 9. **Wir beenden die Zweiklassen-Medizin in Gesundheit und Pflege und bauen eine Bürgerversicherung auf.** Gesundheit darf kein Luxusgut sein. Statt Kopfpauschalen einzuführen, bei denen Geringverdiener draufzahlen müssen und nur noch eine Grundversorgung bekommen, garantiert die Bürgerversicherung, dass alle zukünftig an einer guten und umfassenden Gesundheitsversorgung teilhaben. Und durch die Bürgerversicherung in der Pflege stellen wir
160 sicher, dass Menschen auch in Würde altern können und pflegende Angehörige besser unterstützt werden.

165 10. **Wir schaffen bessere Renten** durch die Solidarrente, die faire Anerkennung aller Kindererziehungszeiten und durch ein stabiles Sicherungsniveau der Rentenversicherung. Und wir sagen: 45 Jahre sind genug! Danach muss für alle ab 63 ein Renteneintritt ohne Abschläge möglich sein.

3. Für eine solidarische Gesellschaft – Das WIR entscheidet.

170 Uns geht es um ein neues Miteinander, um ein solidarisches Deutschland. Wir wollen gemeinsam etwas bewegen – mit allen, die an die gemeinsame Stärke glauben. **Wir machen unsere Politik, damit das Leben für die Menschen in unserem Land Chancen bietet und besser wird.** Das wird nur mit mehr Miteinander gelingen.

175 Wir wissen, dass wir Wohlstand in der Breite unserer Gesellschaft nur erreichen, wenn alle

gemeinsam mit anpacken und nicht jeder nur versucht, sein eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wir sind besser gefahren als andere, wenn wir nicht den Streit, sondern die Einigung gesucht haben. Nur gemeinsam, das ist unsere Erfahrung, können wir unser Land sozial gerecht und wirtschaftlich stark machen. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass gerechte Löhne gezahlt werden und unsere Arbeitsplätze sicher sind. Nur gemeinsam können wir das Versprechen einlösen, dass die Mühen und Anstrengungen unserer Kinder ihnen auch wirklich Arbeit und Wohlstand bringen.

Für diese Aufgaben brauchen wir einander. Dabei geht es nicht darum, dass „die Gemeinschaft“ dem Einzelnen Fesseln anlegt. Im Gegenteil: Es geht darum, dass wir nur gemeinsam die Bedingungen dafür schaffen können, dass jeder Einzelne in Freiheit sein Leben verwirklichen kann.

Unter der Regierung Merkel ist unser Land ungerechter geworden. Vieles ist unsicher geworden. Nicht alle bekommen ihren gerechten Teil vom gemeinsam erarbeiteten Erfolg. **Am Ende schadet eine ungerechte Gesellschaft nicht nur denen, die ungerecht behandelt werden, sondern auch denen, die in einer ungerechten Gesellschaft vermeintlich gut leben können.** Auch sie entziehen sich letztlich mit dem Abbau des Zusammenhalts dieser Gesellschaft und auch selbst langfristig die wesentliche Grundlagen. Ungerechtigkeit und ihre Folgen für unser aller Zukunft lassen sich heute schon absehen, heute schon berechnen. Und: Ungerechtigkeit lässt sich verhindern! Mit unserer Idee eines besseren Deutschlands für alle. Und mit unserem Willen, ab dem 23.9.2013 gestaltende Politik für eine Ökonomie der Gerechtigkeit entschlossen in die Tat umzusetzen. Dafür steht die Sozialdemokratie 2013.

Das WIR entscheidet. Denn ein besseres Land kommt nicht von allein!

Initiativantrag 2 (Angenommen)

Resolution anlässlich des 60. Gedenktags an den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR

Vor 60 Jahren, am 17. Juni 1953, erhoben sich hunderttausende Menschen in der DDR gegen die SED-Diktatur. Sie demonstrierten gegen erhöhte Arbeitsnormen, für höhere Löhne und freie Wahlen. Den Streiks der Industriearbeiterschaft in 700 Städten und Gemeinden schlossen sich nach und nach andere Bevölkerungsgruppen mit demokratischen Forderungen an. Daher gehört dieser Tag in die große Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und zum Besten der demokratischen Tradition Deutschlands.

Wir Sozialdemokraten würdigen den Aufstand in der DDR heute als ein stolzes Datum in der Geschichte deutscher Freiheitsbewegungen. Nur der Einsatz sowjetischer Panzer konnte den Erfolg des Aufstands verhindern. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war die erste Massenerhebung im Einflussbereich der Sowjetunion. Er kostete zahlreichen Menschen das Leben. Erst 1989 war es so weit, dass durch friedliche Demonstrationen und Bürgerbewegungen endlich Demokratie und allgemeine Freiheitsrechte durchgesetzt werden konnten. So verbinden sich mit den Ereignissen von 1953 und 1989, dem Arbeiteraufstand und der Friedlichen Revolution, die Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Heute, sechzig Jahre danach und mehr als zwei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution, rufen wir in Erinnerung, dass zu Freiheit auch die Freiheit von Not und Benachteiligung gehört. Für viele

20 Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Ostdeutschland gehört diese Erfahrung zur Realität unserer Zeit. Dass die innere Einheit in Freiheit noch nicht vollendet ist, auch daran wollen wir heute erinnern.

25 Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West. Zur Erinnerung: Im Juni 1953 lösten faktische Lohnkürzungen den Aufstand aus. Heute arbeitet jeder fünfte Ostdeutsche im Niedriglohnsektor. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15 bis 45 Prozent unter Westniveau. Wir sagen: Zur Freiheit von Not gehört ein fairer Lohn. Deshalb bekräftigen wir unsere Forderung nach einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West. Das ist ein erster Schritt, um allen Menschen in Ost und
30 West ein Leben in Freiheit ohne Not zu ermöglichen. Wir erleben besonders in Ostdeutschland, dass die Arbeitsbedingungen das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit aushöhlen. Wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, ist erpressbar. Wir Sozialdemokraten werden die Gewerkschaften dabei unterstützen, die eine umfassende Tarifbindung in Ostdeutschland und damit bessere Bezahlung erreicht werden.

35 Zum Freiheitsgefühl gehört auch, sich als ein gleichberechtigter Staatsbürger zu fühlen. Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung wirft das noch immer geteilte Rentenrecht eine endlich zu lösende Gerechtigkeitsfrage auf. Viele Menschen in Ostdeutschland sehen sich als Staatsbürger zweiter Klasse mit einer Rente zweiter Klasse. Zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes
40 gehört für uns deshalb auch die zügige und vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Das wollen wir bis 2020 erreichen.

Sechzig Jahre nach dem Arbeiteraufstand für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in der DDR mahnt uns die Erinnerung daran, dass unsere Demokratie die Hoffnung ihrer Bürgerinnen und
45 Bürger auf Freiheit und Gerechtigkeit nicht enttäuschen darf. Die Deutschen in Ost und West müssen sich gleichermaßen als freie und gleiche Mitglieder unserer Demokratie und unseres Gemeinwesen fühlen. Sie alle sollen und sie müssen unser Land aktiv mitgestalten. Das sind wir auch denen schuldig, die sich am 17. Juni 1953 mutig für ihre Rechte erhoben!

Initiativantrag 3 (Angenommen)

Wenn wir entscheiden, dann entscheidet das WIR

Die SPD bekräftigt ihren Anspruch, die maßgeblich gestaltende politische Kraft auf dem Weg zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung und zum inklusiven Zusammenleben aller Menschen zu sein.

5 Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen ist unser Ziel. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dafür die Grundlage. Das Motto „Nichts über uns ohne uns!“ ist wegweisend für ihre Umsetzung.

10 Für Menschen mit Behinderung ist die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition eine Zeit des Stillstands und der verlorenen Jahre. Die Vorschläge der Bundesregierung für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind völlig unzureichend und enthalten nur wohlfeile Absichten.

15

Barrierefreiheit

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Hürden und Hindernisse vermieden und abgebaut werden. Dazu zählt nicht zuletzt die selbstbestimmte Wahl des Wohnorts und der Wohnform.

20

Die Fortschritte auf dem Weg zur Barrierefreiheit sind unübersehbar, aber sie müssen mit mehr Energie und mehr Verbindlichkeit vorangebracht werden.

Inklusive Bildung

25

Zum inklusiven Zusammenleben in allen Lebensbereichen gehören inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten.

Inklusiver Arbeitsmarkt

30

Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Erwerbstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden, und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden. Dies gilt besonders für die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und der Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

35

Nachteilsausgleich unabhängig von Einkommen und Vermögen

40

Der Anspruch auf Teilhabe wird als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst.

45

Schnittstellen abbauen

Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Inklusion muss Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeeinrichtungen sein, unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

50

55

Wenn wir entscheiden – Auf geht's

Die inklusive und barrierefreie politische Teilhabe ist für uns selbstverständliche Verpflichtung. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD (Selbst Aktiv) rufen wir alle Menschen mit Behinderung in der SPD auf, sich im Bundestagswahlkampf und den weiteren Wahlen aktiv für den Wahlerfolg einzusetzen. Wir ermutigen alle Gliederungen der SPD, die Potentiale und das Engagement von Menschen mit Behinderung in der SPD zu nutzen und ihre umfassende Teilhabe bei Wahlen und Wahlkämpfen zu ermöglichen.

60

Initiativantrag 4 (Angenommen)

Für eine demokratische und freiheitliche Entwicklung der Türkei

Resolution der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf ihrem Parteikonvent am 16. Juni 2013

5 Seit dem 1. Juni demonstrieren tausende İstanbulerinnen und İstanbuler friedlich gegen die
Bebauung des Gezi-Parkes am Taksim-Platz im Herzen İstanbuls. Mittlerweile nehmen
Hunderttausende in der Türkei ihr demokratisches Recht wahr, um auf den Straßen von İstanbul und
in vielen anderen Städten auf gesellschaftliche und politische Missstände hinzuweisen und
10 Veränderungen einzufordern. Was wir zur Zeit in der Türkei beobachten, ist das Entstehen einer
breit getragenen, zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung, die für die künftige gesellschaftliche
Entwicklung kostbar und zukunftsweisend ist. Dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr
Mitsprache, mehr Demokratie und gesellschaftlicher Öffnung muss Gehör geschenkt werden.

15 Die Polizei hat teils mit unverhältnismäßiger Gewalt auf die Demonstrationen reagiert – Tausende
von Verletzten in den vergangenen zwei Wochen in İstanbul, Ankara und den anderen Städten,
mehrere tausend Verhaftungen, sogar Tote sind zu beklagen.

20 Die Gewalt muss - von allen Beteiligten - beendet werden! Die Polizei und die örtlich
Verantwortlichen stehen dabei in einer besonderen Pflicht. Willkürlich Verhaftete müssen
unverzüglich frei gelassen werden! Den Demonstrationen darf keine Verfolgungs- und
Verhaftungswelle folgen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht für das Recht auf
friedliche Demonstration.

25 So wie das Recht einer gewählten Regierung, im Rahmen der Verfassung und der geltenden Gesetze
ihre Politik durchzusetzen, gehört das Recht auf inner- und außerparlamentarische Opposition sowie
auf Presse- und Meinungsfreiheit und friedliche Demonstrationen zu den Eckpfeilern jeder
Demokratie. Das muss auch in vollem Umfang in der Türkei gelten!

Antragsbereich So 1 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)
Landesverband Berlin

Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!

5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen
Union“ und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unter Einbeziehung der
Grundrechtscharta durch einen neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäischen
Politischen Union“ (EPU) ersetzt wird. Dieser ist mit größtmöglicher Transparenz durch einen
„Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.
Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass über die Annahme dieses
neuen Grundlagenvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden werden kann. Sobald ein
neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird über diesen in Deutschland per Volksentscheid
10 abgestimmt.

Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen

Wir lehnen es ab, dass die EU-Mitgliedsstaaten auf eigene Entscheidung hin im Schengen-Raum künftig wieder Grenzkontrollen einführen dürfen. Die Freizügigkeit über die Innengrenzen hinweg ist ein identitätsstiftendes Merkmal eines zusammenwachsenden Europas. Erneute Grenzkontrollen stellen einen massiven Rückschritt dar. Die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen, insbesondere um "illegale" Einwanderer abzuhalten, empfinden wir eindeutig für den falschen Weg. Anstatt sowohl die eigenen Grenzen als auch die Außengrenzen der EU hermetisch abzuriegeln, brauchen wir in der EU einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen. Statt den Menschen in Europa den Grenzübertritt zu erschweren, muss es Ziel sein, das Grundrecht der Freizügigkeit allen Menschen zu gewähren und Grenzen weiter abzubauen. Auch Deutschland und andere Länder, die keine Außengrenze zu den Ländern bilden aus welchen eine Vielzahl von Flüchtlingen in die EU kommt, dürfen sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nicht entziehen. Die Flüchtlinge stellen keine Gefahr für die EU dar, sondern vielmehr eine Bereicherung. Zudem gehört es zu unserer Pflicht, uns den Nöten der Flüchtlinge anzunehmen, anstatt auf hoher See ihren Tod in Kauf zu nehmen und eine "Festung Europa" zu errichten.

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landesregierungen auf, sich geschlossen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und in diesem Sinne die parlamentarischen Wege über Bundesrat und Bundestag auszuschöpfen.

20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts

Unter dem Beifall der AnwohnerInnen und ohne Eingreifen der Polizei brannten 1991 und '92 Asylbewerberunterkünfte in Hünxe und Rostock-Lichtenhagen. Es folgten rechtsradikale Mord- und Gewaltanschläge auf MigrantInnen in Hoyerswerda, Solingen, und Mölln. 74% der Deutschen teilten damals Forderungen nach Einschränkungen des Asylrechts und die Hetzparole des „vollen Bootes“ war weit über die Stammtische hinaus zu hören. Um die angeblich bestehende „Überforderung“ der Menschen aufgrund des Zusammenlebens mit AsylbewerberInnen in Deutschland zu beenden, forderten CDU/CSU und FDP eine Einschränkung des Asylrechts. Die Rolle der Täter und der Opfer wurde so auf absurde Weise verdreht. Nach einigem, teils sehr engagierten Widerstand gegen die geplanten Asylrechtseinschränkungen knickte die SPD aufgrund massiver öffentlicher Kampagnen ein. Die Zustimmung der SPD bescherte daraufhin am 26. Mai 1993 im Bundestag die verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit um das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abzuschaffen. Diesen sogenannten „Asylkompromiss“ bezeichnete die Flüchtlingsorganisation ProAsyl deshalb zu Recht als „Sieg der Straße und Niederlage des Rechtsstaats“. Auch 20 Jahre später formieren sich vielerorts Bürgerinitiativen zur Verhinderung von Asylbewerberunterkünften. Gewalttätige Übergriffe und die systematische Diskriminierung von

Asylsuchenden sind an der Tagesordnung. Asylsuchende werden auch 2013 seitens der konservativen Parteien noch unter Generalverdacht gestellt und müssen hierzulande unter teils menschenunwürdigen Bedingungen leben. Massive Hetze wird dabei insbesondere gegen Sinti, Roma und andere ethnische Minderheiten aus Südosteuropa betrieben. Diese Zustände sind für uns unhaltbar und müssen endlich beseitigt werden.

Als rechtliche Grundlage jeglicher Verbesserungen fordern wir deshalb zunächst die längst überfällige Wiedereinführung des vorbehaltlosen Grundrechts auf Asyl, welches nicht durch einfaches Bundesgesetz einschränkbar ist und die gleichzeitige Streichung des Art. 16a Absätze II bis V Grundgesetz.

Reißt die Festung Europa ein!

Deutschland hat auf nationaler und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Einreise über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ nicht mehr zum Ausschluss des Asylrechts führt. Ebenso bekräftigen wir unsere Forderung nach der Abschaffung der Flughafenschnellverfahren, in denen Asylanträge ohne hinreichende materielle Prüfung innerhalb weniger Stunden abgelehnt werden können. Die Neueinführung einer möglichen Abschiebehaft sogar während des Asylverfahrens, wie sie für die EU-Mitgliedstaaten im Entwurf der aktuellen europäischen Dublin-III-Verordnung (auch für Minderjährige) vorgesehen ist, lehnen wir strikt ab. Deutschland darf derartige Vorgehensweisen nicht zum Bestandteil seiner ohnehin schon restriktiven Asylpolitik machen. Die Erneuerung der Dublin-II Verordnung und der europäischen Aufnahmerichtlinie hat Deutschland die Chance eröffnet, eine Kehrtwende in der Asylpolitik zu vollziehen. Diese Chance wurde leider vergeben. Das ursprünglich geäußerte Ziel der Schaffung von „einheitlichen Bedingungen“ für Asylsuchende innerhalb der EU wurde weit verfehlt, da es den Staaten aufgrund von mehreren Ausnahmetatbeständen und unbestimmten Rechtsbegriffen weiterhin ermöglicht wird, das Grundrecht auf Asyl de facto auszuschalten.

„Wir erwarten nicht den Himmel – wir fliehen nur vor der Hölle“

Kein Mensch flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Asylsuchende sind politischer, religiöser und jedweder anderer Art von Verfolgung und Gewalt ausgesetzt. In der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben frei von Angst kommen sie nach Deutschland, nur um sich weiteren Drangsalierungen durch das Ausländer- und Asylrecht ausgesetzt zu sehen. Hungerstreiks und Demonstrationen gegen die unwürdige Behandlung von AsylbewerberInnen gehören in Deutschland zur traurigen, fast alltäglichen Realität. Die systematische Diskriminierung von Asylsuchenden beschämt uns zutiefst und wird von uns nicht akzeptiert.

In Deutschland gab es in den letzten Jahren europaweit nach Frankreich die zweitmeisten Asylanträge. Pro 1000 Einwohner kommen jährlich statistisch jedoch nur 0,7 Asylsuchende nach Deutschland, womit wir uns auf Platz 14 innerhalb der EU (unter Einbeziehung der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) befinden. Zudem hat sich die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Deutschland in der Zeit von 1997 bis 2011 vor allem durch Abschiebungen und Rückkehr in die Herkunftsländer, aber auch durch „amtlich bestätigte Integration“ von über 1.000.000 auf 400.000 reduziert. Angesichts dieser Tendenz ist es umso bedauerlicher, dass Deutschland vermehrt Abschiebungen durchführt (2011: ca. 8000) und Menschen, die hierzulande geboren und aufgewachsen sind, völlig grundlos ihrem sozialen Umfeld entreißt. Die dabei angewandten überfallartigen Praktiken sind rechtsstaatlich nicht hinnehmbar und daher umgehend

einzustellen. Wir fordern darüber hinaus einen sofortigen Abschiebestopp.

70 Die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind verfassungswidrig, weswegen dieses Gesetz umgehend abgeschafft werden muss. Ebenso ist der zynische Art. 7 Abs. V S. 3 der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, nach welchem die Unterbringung der Asylsuchenden ihre Rückkehr ins Herkunftsland fördern soll, ersatzlos zu streichen. In Bekräftigung dieser Forderungen und unserer bisherigen Beschlusslagen zum Asylrecht stehen wir weiterhin für:

- 75 -die Abschaffung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen
- die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten eines Rechts auf freie Wohnungswahl und die Bereitstellung von genug öffentlich gefördertem Wohnraum
- Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und Kranke sollen raus aus den Erstaufnahmeeinrichtungen
- 80 -die Abschaffung des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips
- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen im System der gesetzlichen Krankenversicherung
- die psychologische Betreuung für traumatisierte AsylbewerberInnen unter besonderer Berücksichtigung der Opfer von sexueller Gewalt
- das Angebot flächendeckender staatlicher Sprachkurse
- 85 -eine maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von 6 Wochen
- die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und eine automatische Arbeitserlaubnis mit Verlassen der Erstaufnahmestelle
- den Anspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung für im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen
- 90 -einen Anspruch auf Teilnahme an staatlich organisierten Deutschkursen
- einen Anspruch auf reguläre berufliche Weiterbildungsmaßnahmen
- die Abschaffung der Gentests zu Abstammungsnachweiszwecken von Familienangehörigen der Asylsuchenden
- 95 -Aufhebung der Unterscheidung von allgemeinen Gefahren und individuellen Bedrohungen bei Asylverfahren. Auch die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungernöten oder ökologischen Katastrophen stellt einen Grund dar
- Schaffung einer Europäischen Asylbehörde und die Benennung eines/r Kommissar/in der Europäischen Kommission für Migration.

Antragsbereich So 5 (Überwiesen an die SPD Bundestagsfraktion)
Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Verbot hormonell wirksamer Chemikalien

5 In Westeuropa werden jährlich rund eine Millionen Tonne Phthalate (Weichmacher) produziert. Mehr als 90 Prozent davon werden in Produkten aus Weich-PVC verwendet. Dazu gehören Alltagsprodukte wie PVC-Böden, Gummistiefel oder auch Spielmatten. Wenngleich diese Phthalat-Weichmacher über die EU-Gesetzgebung bereits in Spielzeugen verboten sind, hat z. B. der BUND im Hausstaub deutscher Kitas diese Weichmacher in zum Teil sehr hohen Mengen nachgewiesen. Die Chemikalien sind nicht fest im PVC gebunden, sondern können durch Abrieb und Ausgasen in die Umwelt und den menschlichen Körper gelangen. Leider ist ein Verbot auf EU-Ebene zur Zeit fraglich. Allerdings beschließen einzelne Länder einen Alleingang auf nationaler Ebene, wie z. B. 10 aktuell Dänemark und Frankreich, um seine Bürger zu schützen. Die Weichmacher sind durch die EU als fortpflanzungsschädigend klassifiziert und stehen im Verdacht als Auslöser für bestimmte

hormonabhängige Krebsarten wie Hoden- und Brustkrebs. Seit 1980 ist diese Erkrankungsrate um mehr als 50% angestiegen.

- 15 Weiterhin werden in Deutschland rund 400.000 Tonnen BPA (Bisphenol A) vermarktet. Bisphenol A wirkt ähnlich wie das weibliche Hormon Östrogen und hat in Tierversuchen schon in geringer Konzentration zur Organmißbildungen und Fruchtbarkeitsschäden geführt. BPA ist in Plastikbehältern und in der Innenbeschichtung von Konserven- und Getränkedosen enthalten. Zahlreiche Tests haben gezeigt, das BPA aus den Dosen in die Lebensmittel übergeht und
- 20 somit ebenfalls deutlich zur Belastung des Körpers beiträgt. Das Verbot in Babyfläschchen reicht bei weitem nicht aus.

Die SPD fordert:

- 25 1. Verbot der Phthalat-Weichmacher (DEHP, DIBP, DBP, BBP) in allen Produkten des Innenraumes auf nationaler Ebene
2. Verbot des Einsatzes von BPA überall dort, wo Kinder und Schwangere belastet werden können und weiterhin BPA in Lebensmittelverpackungen zu verbieten.

Antragsbereich So 6 (Angenommen)

Unterbezirk Rhein-Erft (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Kommunale Unternehmen dürfen bei Glasfaserausbau bis in die Häuser nicht behindert werden!

- Um dem Breitbandbedarf der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gerecht zu werden, wollen wir Investitionen in die Glasfaserinfrastruktur ermöglichen. Je näher die Glasfasernetze zu den Teilnehmern kommen, umso leistungsfähiger, hochwertiger und zukunftssicherer ist die
- 5 Netzinfrastuktur zu bewerten.

- Gerade vor dem Hintergrund, dass einige Unternehmen die letzte Glasfasermeile zum Teilnehmer wegen hoher Investitionsbedarfe scheuen, dürfen die Unternehmen, die hier gezielt investieren wollen, nicht durch Regulierungsentscheide behindert werden. Es gibt gerade kommunale Anbieter, die stärker als marktdominierende Unternehmen auf Glasfaserausbau bis in die Gebäude setzen.
- 10 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Infrastrukturinvestitionen nicht durch Einschränkung von Nutzungsrechten an der Leitungsinfrastruktur behindert werden. In einem Wettbewerb für schnelle Glasfaseranschlüsse darf es keine ausgrenzenden Nutzungsrechte geben, die gerade kommunale Unternehmen in diesem Bereich behindern.

Antragsbereich So 7 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe ein eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen zu verwirklichen. Dies muss einkommens- und vermögensunabhängig gestaltet sein.

Antragsbereich So 8 (Angenommen)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Berliner Erklärung

Der Parteikonvent begrüßt die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv – behinderte Menschen in der SPD“ am 4. Mai 2013.

- 5 Mit der Konstituierung von „SelbstAktiv“ als Arbeitsgemeinschaft macht die SPD deutlich, dass die Mitarbeit von Parteimitgliedern und Unterstützern mit Behinderungen in der SPD willkommen ist und, dass Inklusion und Partizipation wichtige Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik sind.

- 10 Der Parteikonvent nimmt die „Berliner Erklärung“ zur Kenntnis, weist darauf hin, dass zahlreiche Forderungen der Erklärung im Regierungsprogramm vom 14.4.2013 enthalten sind, und fordert den Parteivorstand auf, die „Berliner Erklärung“ bei der Einbeziehung von SelbstAktiv in inklusionspolitische Beratungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

Antragsbereich So 9 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein

Der Parteivorstand und alle Landesvorstände werden aufgefordert, bei allen Teams zu Bundestags- oder Landtagswahlen zu gewährleisten, dass Menschen mit einer Behinderung aus der Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“ Bestandteil des Wahlkampfteams werden. Gesichter behinderter

- 5 Menschen sind eine Ehre für eine demokratische, Partei. Dies ist auch eine klare Botschaft an den Personenkreis, den ca. 13Mio. Menschen mit einer Behinderung.

Antragsbereich So 10 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung

Der Bundesvorstand von „Selbst Aktiv“ fordert den Parteivorstand auf, alle Arbeitsgemeinschaften ohne Unterschied bei allen Sitzungen des Parteivorstandes den Status beratender Mitglieder zu geben.

Antragsbereich So 11 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen

Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass alle Landesverbände und Bezirke, in denen es noch keine eigenständige Arbeitsgemeinschaft von „Selbst Aktiv“ gibt, innerhalb eines Jahres die organisatorischen, inhaltlichen und personellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen und eine AG in ihrem Bereich zu gründen. Selbstbestimmung behinderter Menschen muss konsequent und systematisch in allen Gliederungen verwirklicht werden.

5

Antragsbereich So 12 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen

- Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent zu verwirklichen und die UN-BRK in ihren zentralen Bestandteilen umzusetzen. Dies soll in enger Abstimmung mit den in der UN-BRK-Allianz
- 5 zusammengeschlossenen 78 Behinderten- und Sozialverbänden geschehen und die AG „SelbstAktiv“ dabei federführend mitwirken. Zentrale Elemente hierbei sind neben Barrierefreiheit angemessene Vorkehrungen zu Gunsten behinderter Menschen sowohl in Politik und Gesellschaft zu verwirklichen und zukunftsweisende parteiinterne und gesellschaftliche Aktionspläne zu initiieren. Auf Bundes- und
- 10 Länderebene muss hierbei klar sein, dass Behindertenbeauftragte Menschen mit einer Behinderung selbst und Teil der aktiven Behindertenbewegung sein müssen. Die SPD soll darauf hinwirken, dass der/die Bundesbehindertenbeauftragte/n wie die für Migration zuständige Person den Rang einer Staatsministerin/eines Staatsministers erhält und somit deren Fachlichkeit akzeptiert und eine Politik auf Augenhöhe auch hier dokumentiert wird.
- 15 Die Kommissionen zur Umsetzung der UN-BRK müssen mit mindestens 50% mit behinderten Menschen direkt besetzt werden.

Antragsbereich So 13 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Barrierefreiheit in der SPD

- Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, bundesweit in allen Räumlichkeiten der SPD-Geschäftsstellen, Tagungsstätten und Veranstaltungsorten Barrierefreiheit herzustellen, damit auch Menschen mit Behinderung jederzeit barrierefrei an der Parteiarbeit und den
- 5 Veranstaltungen der SPD teilhaben können. Die Herstellung von Barrierefreiheit schließt u. a. ein: Freie Zugänge zu allen Räumlichkeiten, Behindertentoiletten, Printmedien in Groß- und Blindenschrift, in leichter Sprache sowie die Übersetzung in Gebärdensprache.
- 10 Sehr viele Einrichtungen und Veranstaltungen der SPD sind für Menschen mit Behinderung nicht barrierefrei zu nutzen. So können viele Geschäftsstellen von Menschen mit Behinderung nicht betreten und genutzt werden. Menschen mit Behinderung sind oftmals von der Teilnahme an SPD Veranstaltungen ausgeschlossen, weil Veranstaltungsorte und Informationsmaterial nicht barrierefrei sind. Die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der
- 15 Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Das sind die Grundwerte sozialdemokratischer Politik.

Antragsbereich So 14 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, die

- 5 Behindertenrechtskonvention sowie die Gleichstellungsgesetze in den eigenen Reihen bundesweit zeitnah umzusetzen. Wir fordern außerdem die aktive Umsetzung und Beachtung des Art. 8 UN-BRK (Bewusstseinsbildung) in allen Gremien der SPD und den Mitgliedern gegenüber konsequent umzusetzen. Ebenfalls fordern wir die Gremien der SPD auf, die Willkommenskultur in der SPD auch für die Menschen mit Behinderung zu beachten.

Antragsbereich So 15 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Diskriminierungsfreie Wahlgesetze

- 5 Die SPD fordert auf, darauf hinzuwirken, dass ihre Fraktionen auf Europa-, Bundes- und Landesebene für diskriminierungsfreie Wahlgesetze, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 29 vorschreibt, so schnell wie möglich umzusetzen.

- 5 Die SPD fordert, bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Listen für Wahlen die Vorgaben des Artikels 29 zu beachten.

- 10 Eine generelle Regelung, Personen, die für alle Bereiche unter Betreuung gestellt sind, von dem allgemeinen Wahlrecht auszuschließen, ist nach eindeutiger Begutachtung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der Monitoringstelle der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, mit den allgemeinen Menschenrechten und der Verfassung nicht vereinbar.

- 15 Wir fordern daher die Streichung von §13 Abs.2 und3 des Bundeswahlgesetzes (BWG) sowie der identischen Regelung im §6 des Europäischen Wahlgesetzes. Wir verweisen dabei insbesondere auf die EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS 49/13).

- 20 Das allgemeine Wahlrecht, also wählen und gewählt zu werden, ist in demokratisch geprägten Gesellschaften ein hohes Gut und muss gestärkt werden. Behinderte Menschen bei der Wahrnehmung ihres aktiven und passiven Wahlrechts einzuschränken ist eine Diskriminierung nach Artikel3 und 29 der UN-Behindertenrechtskonvention.

Antragsbereich So 16 (Angenommen)
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Bundesratsinitiative 4913 zum aktiven und passiven Wahlrecht sofort umsetzen

- 5 Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand auf, im Sinne der EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS 49/13 (Beschluss)) das passive Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen in allen Gremien der Partei und bei Wahlen zum Europaparlament, zum Deutschen Bundestag, zu den Landtagen und zu den Kommunalparlamenten zu stärken.